

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postfachamt: Dresden 1530
Stroßasse Nr. 52.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen

der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Nr. 261.

Dienstag, 8. November 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 5.— Mark ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 20 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetermins sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (7 Silben) 1.50 Mark; Ortspreis 1.25 Mark; zeltäußerer und tabellarischer Satz 50%; Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 50 Pf. Beste Tarife, bewilligter Rabatt zehlfach, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtigste Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Auf die nachstehende, in Nr. 255 der sächsischen Staatszeitung abgedruckte Verordnung des Wirtschaftsministeriums, Abteilung Landwirtschaft, vom 1. November 1921, Höchtpreise für Kartoffeln betr., wird hiermit mit dem Bemerkten noch besonders hingewiesen, daß der von der Preisnotierungskommission des Landwirtschaftsministeriums festgesetzte Erzeugerhöchstpreis zur Zeit 48—58 Pf. für den Zentner beträgt. Dieser Preis gilt für die Regierungsbetriebe in Dresden, Bauen, Leipzig, Chemnitz und Suidau ab Verladung und für alle Kartoffelsorten.

Großhain, am 7. November 1921.
188811. Der Kommunalverband.

Höchtpreise für Kartoffeln.

1. Die von der Preisnotierungskommission des Landwirtschaftsministeriums festgesetzte Erzeugerhöchstpreise für im Freiland geerntete Speisekartoffeln sind Höchtpreise im Sinne des Reichsgesetzes über Höchtpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachungen vom 17. Dezember 1914, 22. März 1917 und 17. Januar 1920 (RStZ. Nr. 339, 516; für 1917 S. 253; für 1920 S. 94). Hiernach können insbesondere Speisekartoffeln, deren Abgabe zu den Höchtpreisen die Höchtpreise überschritten werden, namentlich dann, wenn sie aus Sachsen ausgeführt werden sollen, enteignet werden.

2. Höchtpreisüberschreitungen werden nach den reichsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere auch nach § 4 der Reichsverordnung gegen Preistreiber vom 8. Mai 1918 (RStZ. Nr. 395) bestraft.

3. Diese Vorschriften treten mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, am 1. November 1921. 236 V E 3.
Wirtschaftsministerium, Abteilung Landwirtschaft. 6457.

Auf Blatt 431 des Handelsregisters, die Firma Tenner & Co., G. m. b. H. in Strebla betr., ist heute eingetragen worden: Der Geschäftsführer Rudolf Krüger ist ausgeschieden. Der Direktor Leo Grab in Strebla ist zum Geschäftsführer bestellt.

Amtsgesicht Riesa, den 5. November 1921.

Notwendiger Aufschub.

Berlin, 7. November. (Amtlich.) Die Deutsche Regierung hat von der Reparationskommission die Mitteilung erhalten, daß sich die Mitglieder der Reparationskommission nach Berlin begeben werden, um mit der Deutschen Regierung über die Durchführung der vom Garantienrat in Ansehung des Zahlungsplans gewährten Maßnahmen und ihre Ergänzung eine Besprechung abzuhalten.

Der Reparationsausschuß, der seinen Sitz in Paris hat, hat sich jetzt nach Berlin begeben. Man weiß nicht, ob er das auf eine Aufforderung der Reichsregierung hin getan hat, aber es läge nahe, anzunehmen, daß die deutsche Regierung den Ausschuss eruchtet habe, in eine neuartige Unterordnung der deutschen Wirtschaft einzutreten und daraufhin einen Aufschiebung der Zahlung jener Milliarden Goldmark in bar zu gewähren, die zwischen dem 1. Januar und 30. April 1922 fällig ist. Laut Artikel 234 des Friedensvertrages hat der Reparationsausschuß Vollmacht, die Frist für die planmäßigen Zahlungen zu verlängern und die Form der Zahlungen abzuändern. Wegen der Überforderung der Form der Zahlungen gebührt die Reichsregierung noch mit den einzelnen Ententeleistungen unmittelbare Verhandlungen zu führen, wie sie ja mit Frankreich bereits stattgefunden haben und das Wiesbadener Abkommen ergeben haben. Zunächst erscheint jedoch ein Aufschub der weiteren Zahlungen als dringlich, um der Zahlungsmittel entgegenzutreten, die den Markkurs in den letzten Tagen ins Bodenlose hat sinken lassen. Im Augenblick, in dem der Markt wissen wird, daß die Reichsregierung, bezw. die Reichsbank nicht mehr unter dem Zwang stehen, sich in den nächsten Wochen Milliardenbeträge von Devisen zu beschaffen, wird diese Zahlungsmittel beschichtbar sein.

Und kann der Reparationsausschuß zweifeln, was zu tun ist? Die Tatsache ist unbestritten, daß die Furcht des Marktes vor den Devisenkäufen, die auf Rechnung der deutschen Regierung durchgeführt werden sollen, diese Käufe unmöglich gemacht hat, indem sie den jähren Kursrückgang der Mark bewirkt. Das war eigentlich vorherzusehen: Wer zu großen Käufen gezwungen ist, dem werden natürlich die Preise verteuert, und in diesem Falle wirkt die Spekulation an allen Börsen der Welt mit, um den Verteuerungsprozess zu beschleunigen und zu verschärfen. Über die fährlichen Persönlichkeiten des deutschen Wirtschaftslebens hatten rechtzeitig auf eine Möglichkeit hingewiesen, der Reichsregierung auswärtige Zahlungsmittel zur Verfügung zu stellen, ohne daß sie als Käufer auf dem Devisenmarkt auftreten müßten: Die deutsche Industrie auf ihrer Münchener Tagung den Beschluß gefaßt, zu diesem Zwecke ihren auswärtigen Kredit anzutragen. Ziel hat man sich jedoch vergessen, unter welchen Voraussetzungen dieser Beschluß auszuführen ist. Die Industrie wollte dem Schlagwort von der „Erfassung der Goldwerte“ entgegenzutreten, indem sie sich erhob, machte, sofort Zahlungsmittel zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen zu beschaffen. Man hat ihr erwidert, ihr Angebot sei annehmbar, aber auf die Erfassung der Goldwerte könne nicht verzichtet werden. Die Industrie ist außerdem von der Annahme ausgegangen, daß ihre Interessen in der Regierung, der sie zu Hilfe kommen wollte, eine sichere Vertretung haben würde. Aber das Scheitern der großen Koalition im Reichstag hat durch diese Erwartungen einen Strich gemacht. Sein Wunder also, daß der Münchener Beschluß schon in Berlin zwar erneuert, aber mehrfach veräußert worden ist, so daß seine Ausführung recht fraglich geworden ist.

Aber auch angenommen, daß sich die politischen Bedenken, die gegenwärtig die Diskussion der Industrie hemmen, beseitigen ließen, ist es höchst zweifelhaft, ob sich eine große Kreditaktion der deutschen Unternehmer erfolgreich gestalten würde, wenn die Befürchtung bestehen bleibt, daß Deutschland dem Staatsbankrott entgegensteht, den ja Rennes bereits für das Frühjahr 1922 prophezeit hat. Auch beim besten Willen, dem Reich zu helfen, wird die deutsche Industrie überlegen müssen, daß das höchste, was sie gegenwärtig leisten kann, nämlich die Zuführung eines Kredit von einer Milliarde Goldmark, eben ausreicht, um einer Augenblickslegenheit abzuhelfen. Wäre das geschehen, so wird das Reich im kommenden Mai genau in der gleichen Lage sein wie jetzt, — und was wird dann anderes übrig bleiben als die Revision des Londoner Ultimatum? Ist es nicht richtiger, sich das letzte Ausnahmewittel, die Heranziehung des deutschen Unternehmerkredits, so lange aufzusparen, bis damit etwas Endgültiges erreicht werden kann, und den Zahlungsausschuß, den wir auf jeden

Fall in einem halben Jahr fordern müßten, lieber schon jetzt zu erbitten? Man versteht sein letztes Pulver nur, wo man sichere Treffer erwarten kann; um einer ungewissen Zukunft willen soll der Auslandskredit der deutschen Industrie nicht verpulvert, sondern erst aufgegeben werden, sobald dem Reich die Lebensmöglichkeiten gelichtet sind.

Es genügt, auf das Wiesbadener Abkommen hinzuweisen, durch das wir Sachlieferungen über unsere Verpflichtung hinaus übernehmen haben, um darzutun, daß sich Deutschland, wenn es einen Aufschub der Zahlungen verlangt, keineswegs seinen Verpflichtungen entziehen will. Gerade in Frankreich müßte man sich eingestehen, daß das Wiesbadener Abkommen Deutschland ein moralisches Recht auf den Aufschub der Zahlungen gibt. Der Reparationsausschuß kann aber einen solchen Aufschub mit Rücksicht auf den Zustand der französischen Wirtschaft nicht zulassen, falls dessen Vertreter sich scheuen sollte, seine Regierung zu desavouieren, die das Parlament bei der Annahme gefaßt hat, daß die deutschen Zahlungen den Fehlbetrag des Budgets ausgleichen würden. Nach § 13 der Anlage II zum Reparationsabkommen des Friedensvertrages ist Entmündigung im Reparationsabkommen nur dann erforderlich, wenn der Aufschub einer vor 1926 fälligen Zahlung über das Jahr 1926 hinaus bewilligt werden soll. Über nur behirren jetzt hoch eines Aufschubs bis zu dem hoffentlich nahen Augenblick, in welchem der Londoner Zahlungsplan revidiert und den realen Leistungsmöglichkeiten Deutschlands angepaßt werden wird.

Die Absichten der Reparationskommission.

Ueber die voraussichtliche Tätigkeit der Reparationskommission erfährt die Telegraphen-Liga, daß neben dem eigenen Wunsch der Kommission, sich über die deutschen Zahlungsmöglichkeiten ein klares Bild zu machen, die Absicht besteht, gegebenenfalls durchgreifende Änderungen der bisherigen Zahlungsmöglichkeiten zu erwirken. Die Kommission wird ihre Verhandlungen nicht auf deutsche Stellen beschränken, sondern auch führende deutsche Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens befragen. Hierbei sprechen naturgemäß die Probleme der deutschen Valuta bzw. die Stabilisierung des Marktkurses eine ausschlaggebende Rolle. Wie verläuft, liegen in dieser Hinsicht bereits bestimmte Pläne vor und es liegt auf der Hand, daß die rasche Marktwertung der letzten Woche auch in den ehemaligen feindlichen Ländern nicht ohne Beunruhigung beobachtet wird.

Deutscher Reichstag.

Mit. Berlin, 7. November.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung des äußerst schwach besetzten Hauses erst gegen 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mitteilungen. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des **Drantsvimmmonbols** in Verbindung mit den Steuererlassen. Auf Vorschlag des Vizepräsidenten soll eine **deutsche nationale Interpellation über den Stand der Valuta** mit der Beratung verbunden werden.

Abg. **Eder v. Braun** (Dnt.) begründet die Interpellation und verlangt eine Erklärung der Regierung, wie sie denkt, aus dem gegenwärtigen Dilemma einer Bilanzierung des Haushalt herauszukommen.

Abg. **Braun-Franken** (Soz.) kritisiert die Rede des Finanzministers, die eine allgemeine Enttäuschung gewesen ist. Es fehlte auch an jeder Spur von Programms, und die geradezu beispiellose Bescheidenheit des Ministers läßt sie zum Himmel. Unsere Aufgabe ist es, ein Programm zu schaffen, wenn es die Regierung nicht kann. Wenn die Industrie sich gegen Eingriffe sträubt, so muß es Sache des Reichstages sein, ihr solche Eingriffe plausibel zu machen, sonst muß sie sich dem Vorwurf der gewissenlosigkeit gefaßt lassen. Die Welt wenigstens zu stabilisieren, hält Eder für möglich. Mit den bisherigen Methoden sei das Problem nicht zu lösen. Energie in den privaten Kapitalbesitz einzugreifen, dazu hat der Minister nicht den Mut gefunden, mag er doch die Hände gereinigt, die das Privatkapital um ihn geschlungen. Den breiten Volksklassen muß die Notwendigkeit, zu den Kosten herangezogen zu werden, damit klar gemacht werden, daß man ihnen sagt, das Privatkapital wird in viel höherem Grade herangezogen.

Abg. **Petzold** (F.) sieht keine Veranlassung, von vornherein dem jetzigen Finanzminister mit Rührtrauen zu begegnen. Die Rede des Abg. Braun-Franken machte direkt den Eindruck, als solle sie eine Aufforderung an Frankreich sein, rückständiges keine Forderungen einzutreiben. (Zustimmung rechts und im Zentrum.) Redner nimmt jedoch den Minister gegen den Vorwurf zu großer Bescheidenheit bei der Besteuerung des Viehes, in

Schutz. Man sollte nicht immer jedes Gesetz für sich allein ansehen, sondern ihre ganze Summe in Betracht ziehen, um ein richtiges Bild von der Gestaltung des Viehes zu gewinnen. Redner warnt vor den Experimenten, an die Stelle der Grundwerte jetzt mit einem Male die Ertragswerte als Grundlage für die Besteuerung treten zu lassen. Für eine gesunde Steuerentwicklung sei Kontinuität erforderlich. Die Umsatzsteuer gebe ebenso zu Bedenken Anlaß, wie alle übrigen direkten wie indirekten Steuern. Man dürfe schließlich die Industrie auch nicht mit Steuern überfrachten, da sie die Zahlung der Reparationen möglich mache. Redner hofft, daß die Parteien sich schließlich alle hinter die Regierung stellen werden, auch die Partei, deren Redner vorgin ableits fand. (Bravo!)

Abg. **Böhm** (F. Dn.) bedauert, daß die Regierung nicht den Mut hat, der Entente einmal offen über unsere verhältnismäßige Aufschub zu geben. Die Steuererlässe seien jedenfalls ein Beweis dafür, daß wir am Ende unserer Kräfte ständen. Um so schlimmer sei es, daß auch jetzt noch die innere Furcht nicht verschwinden wolle. Wir müssen uns selber helfen, das will nun die Steuererlässe bewirken. Auch wir sind der Ansicht, daß der Ausschuss hier noch viel Arbeit haben wird.

Abg. **Dietrich-Baden** (Dnt.) sieht die einzige Schuld an unserer Finanzmisere in der Reparationslast. Solange die Entente daher an ihren Forderungen festhält, muß sie auch die Verantwortung für unseren Zusammenbruch tragen! Dazu kommt die zunehmende Arbeitslosigkeit im Ausland, auch daran trägt die Entente Politik die Schuld. Bei dieser Schuld muß namentlich angedacht der Entscheidung über Österreich in unsere Agitation eingesetzt werden. England und Amerika leisten in der Gebantenlosigkeit ihrer Unterstützung des französischen Jaffes das Unglaublicke. Was die Sozialdemokratie hier von der Notwendigkeit einer Erfassung der Sachwerte vorbringt, zeugt von gänzlicher Unkenntnis und Verkennung der Tatsachen. Die Regierung sollte aber nicht soviel Papier verschreiben und Anordnungen erlassen, die doch kein Mensch gehalten kann. Eine Anordnung hebt die andere auf und so kann schließlich nicht eine einzige Steuer zur Veranlagung kommen. Hier wäre eine Generalreform am Platze. Wir wollen der Regierung keine unnötigen Schwierigkeiten in den Weg legen. Auch uns ereignet die Stabilisierung der Reichsmark das wünschenswerteste Ziel, aber wir sind dagegen, die letzten Restbestände unserer Reichsbank an dieses Experiment zu wagen. Wenn die Reparationskommission uns die Reparationszahlungen eine Zeit lang stunden würde, könnten wir unsere inneren Schwierigkeiten in Ordnung bringen.

Reichswirtschaftsminister Rob. Schmidt:

Wir wollen unseren guten Willen bei der Erfüllung des Ultimatum zeigen, mehr haben wir auch bei seiner Annahme nicht versprechen können. Wenn die Entente damals das Aufgebietet befehl hätte, ständen wir jetzt auch vor dem industriellen Zusammenbruch. Wir müssen die Ausfuhr fördern, aber auch dadurch sind wir durch die Entente beschränkt. Ungeheure Mengen französischer Luxusartikel werden eingeführt: entweder wir trinken nun den französischen Champagner und Cognak und pfeifen auf die Reparationen, oder wir erschweren den Zugang zu den Wein- und Vikortuben. Hier treffen wir freilich auf Verständnislosigkeit.

Wir wollen einen Bescheidwunsch einbringen, der das freie Spiel in Devisen einschränkt und die maßlose Spekulation einengt.

Es ist verständlich, daß Kaufleute Devisen zurückhalten, um Rohstoffe kaufen zu können. Aber wir müssen vielleicht doch an das Ausland herantreten, damit dieses uns hilft, die von Deutschen im Ausland deponierten Devisen herauszuholen. Wegen einer Anleihe im Ausland sind Verhandlungen mit der Industrie gestoppt worden, die wieder zu keinem Resultat geführt haben. Bleibt der Dollar auf der jetzigen Höhe, so sehe ich sehr schwarz auch für die innenpolitische Lage.

Abg. **Dr. Selferich** (Dnt.) Redner geht auf den Steuererwurf ein. Ich habe festgestellt, daß das Defizit 182 Milliarden beträgt. Unsere eigenen inneren Bedürfnisse verlangen 104 Milliarden im Jahre. Dazu kommen noch die Reparationen mit 74 Milliarden. Mit den Gehaltssteigerungen für die Beamten, die bevorstehen, müssen wir aber mit inneren Ausgaben von 120 bis 130 Milliarden rechnen ohne die Reparationen und werden schon hieraus ein Defizit von etwa 80 Milliarden haben. Wenn wir die Beamten nicht auf das Maß des Allernotwendigsten beschränken, können wir den Reichswagen nicht aus dem Sumpf der Bankrottwirtschaft herausziehen, selbst wenn die Steuern auf alle Erwerbseinkommen vermindert

erfahrungen
früher
sich

erfahrungen
früher
sich